

Für sichere Pensionen braucht es noch einiges

Länger arbeiten. Ändern wir unser Verhalten nicht, steigt die Altersarmut zwangsläufig. Davor warnt Pensionsexperte Bernd Marin.

INGE BALDINGER

Die Regierung sei auf einem guten Weg, sagt der Sozialwissenschaftler. Ohne einige „Nachjustierungen“ werde es aber nicht gehen.

SN: Reichen die von der Regierung beschlossenen Schritte – die wichtigsten treten 2014 in Kraft – aus, um die Pensionen langfristig zu sichern?

Marin: Für die nächsten Jahr sind die Schritte gut. Wie sie wirken, wird man erst ab 2017 beurteilen können. Es geht jedenfalls Richtung mehr Beitragsgerechtigkeit. Noch zahlt sich länger arbeiten nicht aus, während der vorzeitige Ausstieg hoch subventioniert wird. Das wird künftig besser.

SN: Wird es in der nächsten Legislaturperiode weitere Pensionsreformschritte brauchen?

Marin: Ich denke, die Regierung kann vorerst einmal abwarten. Allerdings Stand-by. Für den Fall, dass sich die Neuzugänge in die Invaliditätspensionen bis 2017 nicht sehr deutlich reduzieren wie etwa in Holland – also von derzeit 30.000 auf rund 10.000 pro Jahr –, müsste nachjustiert werden. Man muss sich Ergebnissen wie auch einem möglichen Misserfolg offen stellen. Nachjustieren – ich bedaure es sehr, das wiederholen zu müssen – wird man bei der Angleichung des Frauen- an das Männerpensionsalter müssen. Und wir brauchen eine Art Lebenserwartungsklausel. Wenn wir alle im Schnitt alle zehn Jahre um zweieinhalb Jahre länger leben, kann man nicht so tun, als wär's nicht so.

SN: Die SPÖ ist entschieden dagegen, dass Mütter Teilzeit arbeiten, weil das geringere Pensionen nach sich ziehen kann. Zugleich beharrt sie darauf, dass Frauen noch ein Jahrzehnt lang um fünf Jahre früher in Pension gehen oder geschickt werden können. Wie passt das zusammen?

Marin: Gar nicht. Teilzeit kann für Frauen und Männer vorübergehend sinnvoll sein, dauerhaft schafft sie Armutsprobleme. Das Gleiche gilt für das frühere Frauenpensionsalter, ein zutiefst reak-

tionäres Überbleibsel. Beides schadet den Frauen. Beides führt zu Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, Einkommenseinbußen und Altersarmut. Leider hat man sich jetzt mit dem Eintrittsalter erneut einbetoniert. Aber spätestens 2018 (statt 2024, Anm.) sollte man mit der Angleichung beginnen. Der Staat sollte jedenfalls ein Drittel des Geldes, das man sich dadurch erspart, als „Aktivkomponente“ in ein umfassendes Frauenförderungspaket investieren. Es gibt eine lange Liste konkreter Maßnahmen, die Frauen nachweislich helfen, vom Ausbau außerhäuslicher Kinderbetreuung bis zu den Ersatzzeiten. Das muss man tun, statt erzkonservativ das geschlechterspezifische Eintrittsalter einzufrieren.



Bild: SWAPA

Leider hat man sich jetzt einbetoniert.

Bernd Marin,
Pensionsexperte

SN: Sie haben Altersarmut angesprochen. Steuern wir darauf zu?
Marin: Ich hoffe nicht. Aber die Gefahr besteht. Sie erhöht sich, wenn wir unser Verhalten nicht ändern. Derzeit haben wir mehr als zwei Millionen Pensionisten, 200.000 davon armutsgefährdet. Bei unverändertem Verhalten hätten wir 2030 drei Millionen Pensionisten, eine Million davon armutsgefährdet. Ein Beispiel: Selbst wenn Frauen genauso viel verdienen würden wie Männer, aber weiterhin im Schnitt nur 27 Jahre arbeiten, fallen sie im Alter automatisch unter die Armutsgrenze.

SN: Hat sich noch immer nicht herumgesprochen hat, dass länger gearbeitet werden muss?

Marin: Jüngere Frauen verstehen und machen das, keine Sorge. Aber man müsste allen Frauen ganz ehrlich sagen: Es braucht mehr Versicherungszeiten, ihr

müsst länger erwerbstätig sein. Wer ein Leben lang Teilzeit oder 13 bis 18 Jahre gar nicht arbeitet, fällt in der Pension unter die Armutsschwelle.

SN: Viele Menschen würden jetzt schon gern länger arbeiten. Es ist aber wenig attraktiv, obwohl ständig betont wird, dass sich länger arbeiten lohnen muss. Haben Sie eine Idee, wie man den Leuten entgegenkommen könnte?

Marin: Wir sind leider noch in einer Übergangszeit, in der die meisten, wenn sie länger arbeiten, weniger herauskriegen, als sie der Versicherungsgemeinschaft ersparen. Unter diesen Umständen kann man nicht erwarten, dass irgendwer länger arbeitet. Aber das Pensionskonto ab 2014 geht in die richtige Richtung. Bisher gab es höchstens 80 Prozent der Bemessungsgrundlage als Pension, künftig können es auch mehr als 90 Prozent sein. Dann lohnt sich das Weiterarbeiten.

SN: 2014 werden alle Jahrgänge ab 1955 ihren ersten Pensionskontoauszug bekommen. Was denken Sie: Wird das eher ein Schock oder eher ein Grund zur Freude sein?

Marin: Es wird manchmal ernüchternd sein, aber aufschlussreich, wenn man erstmals das Was, Wie und Warum weiß. Mir gefällt auch bei den Steuerbescheiden sehr gut, dass da dabei steht, was wofür ausgegeben wird. Alle Bürger haben ein Recht, solche Dinge zu wissen.

SN: Beamte haben keine Ruhensbestimmungen, auch wenn sie vorzeitig in Pension gehen, ASVG-Frühpensionisten dagegen schon. Halten Sie das für richtig?

Marin: Nein. Das ist einfach skandalös. Grundsätzlich bin ich gegen Ruhensbestimmungen. Aber da der Staat ein Drittel zu den Pensionen zuschießt, darf, ja muss er sich dreinmischen, zumal es ein zusätzlicher Anreiz zur Frühpension wäre, wenn es keine Ruhensbestimmungen gäbe. Also leider: Vorübergehende Ruhensbestimmungen ja, aber keine dauerhaften. Und die Restriktionen müssen für alle, also auch für Beamte, gelten.